

Grünliberale Partei Kanton Bern

Vernehmlassungsantwort

Thema Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG); Änderung (Totalrevision)

Für Rückfragen Beat Cattaruzza (Grossrat), Tel. 079 352 88 32

Absender Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 2436, 3001 Bern
E-Mail: be@grunliberale.ch, www.be.grunliberale.ch

Datum 12. Juni 2023

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zu obgenanntem Vernehmlassungsverfahren danken wir und nehmen wie folgt Stellung:

Allgemeine Bemerkungen

Die Vorlage schlägt im Wesentlichen einen Paradigmenwechsel im Bereich der finanziellen Mittel betreffend Förderung von Gemeindezusammenschlüssen vor. Wie aus den Statistiken der letzten Jahre zu entnehmen ist, sind viele Gemeinden den Weg einer Fusion schon nachgekommen. Nützlich aus dem Bericht sind die Quervergleiche diverser anderer Kantone. Grundsätzlich liest man aus dem Bericht heraus, dass heute eine Stagnation bei den Fusionen herrscht. Vor allem grosse Zentrumsbereiche im Kanton Bern schaffen es nicht, mit Agglomerationsgemeinden zu fusionieren. Mit einem Zentrumsbonus soll nun ein Anreiz geschaffen werden. Dieser Ansatz wird von den Grünliberalen begrüsst. Gleichzeitig unterstützen wir die neue Ausrichtung in der Regionalentwicklung: Also ein ganzes Bild zu schaffen, wo und wann es Sinn macht zu fusionieren. Dieser Paradigmenwechsel ist aus unserer Sicht eine sinnvolle Strategie, um Weiterentwicklungen von Gemeindezusammenschlüssen zu fördern.



Varianten

1. Die Variante I (Status Quo) erachten wir als Stagnation.
2. Die Varianten II und III sind aus unserer Perspektive gute Varianten, um zeitgemässe Projekte voranzutreiben und das Ganze in einem ganzheitlichen Kontext zu sehen. Grundsätzlich erachten wir Variante III als zukunftsorientierter und zielführender.
3. Die Variante IV (Zentrumsstruktur) bietet durchaus Chancen, jedoch auch einige Bedenken.

«Die Orientierung an der Zentralitätsstruktur lässt zudem eine dynamische Entwicklung zu, da sich die Zentren über die Zeit verändern können. Bei diesem Ansatz scheint es wichtig, dass die Kriterien für die Definition der Zentren möglichst offen bleiben.»

Die Realität in den Zentrumsgebieten sieht zum heutigen Zeitpunkt «schwierig» aus. Für Agglomerationsgemeinden, welche an sich schon gut funktionieren, wird es schwierig werden, «grosse» Fusionen voranzutreiben. Genau bei dieser strategischen und inhaltlichen Ausrichtung liegt eine gewisse «politische» Unsicherheit. Gemeinden wie z.B. Nidau wollen zurzeit nicht fusionieren. Dort gilt es in Zukunft, eine politische Sensibilität der betroffenen Gemeinden vermehrt zu schaffen und eventuell sogar andere Lösungsansätze anzubieten. Aus dieser Überlegung heraus müsste unbedingt noch ein Fallbeispiel in Betracht gezogen werden, z.B. eine Fusion der Gemeinden Nidau und Port, der Gemeinden Ipsach und Bellmund oder auch anderer Gemeinden in anderen Regionen, welche sich strategisch mit dieser Frage auseinandersetzen.

Für die Berücksichtigung unserer Eingaben danken wir herzlich.

Freundliche Grüsse

Beat Cattaruzza
Grossrat

Casimir von Arx
Präsident Grünliberale Kanton Bern